

Harald Wolf

Rot-Rot in Berlin



**2002 bis 2011:
eine (selbst-)
kritische Bilanz**

Harald Wolf
Rot-Rot in Berlin

Harald Wolf ist seit 1991 Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses. Von 1995 bis 2002 war er Vorsitzender der PDS-Fraktion, im Sommer 2002 folgte er Gregor Gysi nach dessen Rücktritt im Amt des Wirtschaftssenators nach und wurde Stellvertreter des Regierenden Bürgermeisters. Seit dem Ende der rot-roten Koalition im November 2011 ist er verkehrs- und energiepolitischer Sprecher der Fraktion. Er ist zudem Mitglied des Parteivorstands der Partei DIE LINKE.

Harald Wolf

Rot-Rot in Berlin

2002 bis 2011: eine (selbst)kritische Bilanz

Eine Veröffentlichung der Rosa-Luxemburg-Stiftung

VSA: Verlag Hamburg



Dieses Buch wird unter den Bedingungen einer Creative Commons License veröffentlicht: Creative Commons Attribution-NonCommercial-NoDerivs 3.0 Germany License (abrufbar unter www.creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/legalcode). Nach dieser Lizenz dürfen Sie die Texte für nichtkommerzielle Zwecke vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen unter der Bedingung, dass die Namen der Autoren und der Buchtitel inkl. Verlag genannt werden, der Inhalt nicht bearbeitet, abgewandelt oder in anderer Weise verändert wird und Sie ihn unter vollständigem Abdruck dieses Lizenzhinweises weitergeben. Alle anderen Nutzungsformen, die nicht durch diese Creative Commons Lizenz oder das Urheberrecht gestattet sind, bleiben vorbehalten.

© VSA: Verlag 2016, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg

Titelfoto: Claudia Falk

Druck und Buchbindearbeiten: CPI books GmbH, Leck

ISBN 978-3-89965-671-8

Inhalt

Vorwort	8
1. Berlin – eine »unvergleichliche« Stadt	10
Kriegs- und Teilungsfolgen	10
Versiegende Subventionen im Gefolge der Vereinigung	14
Berlin will »global city« sein	17
2. »Vor der Kür kommt die Pflicht« – die Vorbereitung der PDS auf ein Ende der Großen Koalition	24
3. Das Scheitern des Entwicklungsmodells der 1990er Jahre: die Krise der Berliner Bankgesellschaft	35
Gründung der Bankgesellschaft Berlin	36
Erste große Krise	41
Das Platzen des Geschäftsmodells	46
4. Von der Krise der Bankgesellschaft zur politischen Krise: Das Ende der Großen Koalition	48
Drohende Insolvenz der Bankgesellschaft und Aubis-Skandal	49
Wege aus der Großen Koalition	52
Der Trümmerhaufen und die Stunde der Opposition	61
5. Übergangsregierung, Neuwahlen und Regierungsbildung 2001/2002	65
Misstrauensanträge und rot-grüner Übergangssenat	65
Der Wahlkampf und die Wirklichkeit	70
Verhandlungen über die rot-rote Koalition und ihre Inhalte	77
6. Die Bewältigung der Bankenkrise	89
Bitterer Apfel: »Risikoabschirmung« statt Insolvenz	90
Die Quadratur des Kreises	103
Der Kauf durch den Deutschen Sparkassen- und Giroverband	108
Immobilienleistungen: auf dem Weg zur berlinovo	109

7. Die Politik der Haushaltskonsolidierung	112
Sanieren und Gegensteuern	114
PDS kürzt Ostgehälter?	120
Öffentlicher Dienst: alles andere als Begeisterung	121
Soziale Leistungen auf dem Prüfstand	134
Drohender Kahlschlag im Wissenschafts- und Kulturbereich	145
Haushaltspolitik in der zweiten Legislaturperiode	153
8. Strategische Neuausrichtung der Wirtschaftspolitik – »Innovation statt Billiglohn«	160
Neuordnung der Wirtschaftsförderinstitutionen	163
»Aus Wissen Arbeit schaffen«	168
Kooperation mit Brandenburg und Gründung der »Oderpartnerschaft«	171
Renaissance der Industriepolitik	174
Berlins Wirtschaft wächst wieder – aber die prekäre Beschäftigung bleibt	180
Neues Vergabegesetz: Auseinandersetzung um Tariftreue und Mindestlohn	182
Kampf gegen Scheingewerkschaften und Lohndumping	188
9. Das Ende der Subventionswirtschaft: der Ausstieg aus der Anschlussförderung im öffentlich geförderten Wohnungsbau	191
Teurer »sozialer« Wohnungsbau in Berlin	191
Dilemmata des Ausstiegs aus dem Fördersystem	196
Wohnen wird teurer	202
Unzureichende Neukonzeption des sozialen Wohnungsbaus	206
10. »Öffentliche Unternehmen sanieren, nicht privatisieren«	210
Die Rettung von Vivantes	214
Stärkung der Messegesellschaft	218
Sicherung der Berliner Verkehrsbetriebe	223
Neuaufstellung der Stadtreinigung	230
Veräußerungen: Feuersozietät, Porzellanmanufaktur, Gewerbesiedlungsgesellschaft	232

11. Die Auseinandersetzung um Privatisierung und Rekommunalisierung der Berliner Wasserbetriebe	237
Das fatale Erbe der Teilprivatisierung	241
Wassertisch und Volksbegehren: rechtliche und politische Fallstricke	244
12. Scheitern in der Wohnungspolitik und der Sündenfall: die Privatisierung der GSW	256
Neuordnung der Wohnungswirtschaft via Holding?	258
Folgenschwerer Fehler: Zustimmung zum GSW-Verkauf	264
13. Die Hartz-Gesetze und der öffentlich geförderte Beschäftigungssektor	272
Mit-Umsetzung und Kritik des Hartz-Systems	273
Wohnungskosten: Spielräume für Betroffene	278
Kampf um die Neuorientierung öffentlicher Beschäftigung	282
14. Reform des Bildungssystems: Gemeinschaftsschule und Schulstrukturreform	292
Schulgesetz 2004: Gemeinsames Lernen statt Selektion	292
Fortschritte und Hürden auf dem Weg zur Gemeinschaftsschule	294
15. Bürgerrechte, Gleichstellung, Teilhabe und Integration	305
Ausbau direkter Demokratie	305
Innere »Sicherheit« und Mobilisierung gegen Rechtsextremismus	306
Paradigmenwechsel bei Migrations- und Flüchtlingspolitik	311
Neue Qualität der Gleichstellung	313
16. Versuch einer (selbst)kritischen Bilanz	315

Vorwort

Die Beteiligung linker, sozialistischer Parteien an einer Regierung ist seit jeher ein in der Linken heiß diskutiertes und umstrittenes Thema. Die Regierungsfrage war das zentrale Thema, um die sich die medial oberflächlich als Konflikt zwischen »Realpolitikern« und »Fundamentalisten« beschriebene Auseinandersetzung in den Grünen in den 1980er Jahren drehte. Auch in der PDS und später in der Partei DIE LINKE wurden und werden Regierungsbeteiligungen immer wieder kontrovers diskutiert.

Dabei bleibt die Diskussion allzu oft der Oberfläche verhaftet. Die häufig bekennnerhaft vorgetragene Befürwortung oder Ablehnung einer Regierungsbeteiligung läuft Gefahr, jeweils eine Seite des immerwährenden Dilemmas linker Politik zu verabsolutieren: die Gefahr der Integration in den bürgerlich-parlamentarischen Betrieb und den gesellschaftlichen Mainstream auf der einen, die notwendige Autonomie gesellschaftsverändernder Bewegungen auf der anderen Seite. Eine konkrete Auseinandersetzung mit den Dilemmata einer linken Regierungsbeteiligung, den Zwängen und Mechanismen einerseits und den andererseits damit verbundenen (begrenzten) Chancen gesellschaftlicher Veränderung, der Transformation und Demokratisierung von Institutionen findet eher selten statt. Wer glaubt, dass die Staatsmacht in den entwickelten bürgerlich-demokratisch organisierten Gesellschaften irgendwann von außen überrannt werden kann, muss sich damit ebenso wenig auseinandersetzen wie der, der dem Irrtum aufsitzt, dass wer in der Regierung sitze, auch schon an der Macht sei, und kann von unbegrenzten Gestaltungsmöglichkeiten fantasieren. Wer allerdings der Auffassung ist, dass der Staat ein »Terrain sozialer Kämpfe und Konflikte« ist, der muss sich mit den Fragen, die mit einer linken Regierungsbeteiligung aufgeworfen sind, schon konkreter befassen.

In Berlin regierte die PDS bzw. DIE LINKE zehn Jahre lang gemeinsam in einer Koalitionsregierung mit den Sozialdemokraten. Wie häufig, wenn Linke an die Regierung kommen, erfolgte diese Regierungsarbeit unter extrem schwierigen Rahmenbedingungen: Bankencrash, Haushaltskrise und wirtschaftlicher Niedergang charakterisierten die Ausgangslage. Bis heute wurde diese Regierungsbeteiligung – wie auch die in Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg – nicht gründlich ausgewertet.¹ Stattdessen diente

¹ Rolf Reissig, Mitregieren in Berlin. Die PDS auf dem Prüfstand, Berlin 2005, und Thomas Koch, Die Mitte-Links-Koalition in Mecklenburg-Vorpommern, Berlin 2001 sind Ausnahmen, die die Regel bestätigen.

sie vor allem als Folie, vor der sich innerparteiliche strömungspolitische Auseinandersetzungen abspielten. Wirklicher Erkenntnisgewinn und am Gegenstand orientierte kritische Reflexion war damit eher selten verbunden.

Dieses Buch soll dazu einen Beitrag leisten: Material zur Diskussion über die Regierungsbeteiligung liefern und auch so manche Legende, die sich um Rot-Rot in Berlin rankt, zurechtrücken. Es ist zugleich mein Versuch als damaliger Akteur mit einigem Abstand die Regierungszeit und die mit Regierungsbeteiligungen verbundenen Mechanismen (selbst)kritisch zu reflektieren. Das Buch hat seine Funktion erfüllt, wenn es zu einer Diskussion beiträgt, die sich sowohl mit den realen Schwierigkeiten und Problemen als auch realistisch mit den Chancen einer Regierungsbeteiligung auseinandersetzt. Und es wäre noch besser, wenn es dazu beitragen kann, künftig Fallen zu vermeiden, in die wir während unserer Regierungszeit getappt sind.

1. Berlin – eine »unvergleichliche« Stadt

Als die PDS 2002 in die Regierung eintrat, tat sie das in einer Stadt, die in mehrfacher Hinsicht »unvergleichlich« war. Berlin galt in der Zeit des Kalten Krieges als »besondere politische Einheit«. Die Stadt war geteilt und unterstand dem Viermächtestatus der Siegermächte des Zweiten Weltkrieges. Westberlin war eine Insel mitten in der DDR. Aber Berlin war nicht nur in politischer Hinsicht besonders. Die Rolle Ostberlins als Hauptstadt der DDR wie die Rolle Westberlins als Frontstadt des Kalten Krieges und »Schaufenster des Westens« prägten die wirtschaftlichen, finanziellen und sozialen Strukturen entscheidend und führten zur Herausbildung spezifischer politischer Kulturen. Mit der Vereinigung verlor Ostberlin quasi über Nacht seine Funktion als Hauptstadt der DDR, Westberlin seine Rolle als hochsubventionierter Vorposten des Westens. Diese schlagartige Veränderung der Rahmenbedingungen führte zu einer schockartigen Transformation wirtschaftlicher, sozialer und finanzieller Strukturen. Die alten DDR-Eliten wurden weitgehend »abgewickelt«, nicht jedoch die alten Westberliner politischen Eliten. Diese führten das vereinigte Berlin der 1990er Jahre. Unfähig, auf die veränderten Rahmenbedingungen adäquat zu reagieren, verharrten sie in der alten Mentalität der subventionierten »Frontstadt«. Ergebnis war eine dramatische Finanzkrise, die zur politischen Krise wurde und zum Sturz des Diepgen-Senats und zur Bildung der rot-roten Koalition führte. Ohne diese Berliner »Besonderheiten« zu verstehen, versteht man nicht die Aufgabenstellung und Probleme, mit denen die PDS/Linke mit der Übernahme der Regierungsverantwortung in Berlin konfrontiert war.

Kriegs- und Teilungsfolgen

Bis zum Zweiten Weltkrieg war Berlin die größte Industriemetropole zwischen Paris und Moskau, Produzent von Spitzentechnologien im Maschinenbau und der Elektrotechnik und einer der bedeutendsten Finanzplätze des europäischen Kontinents. Mit dem vom deutschen Faschismus entfachten Zweiten Weltkrieg und der folgenden Teilung Deutschlands und Berlins verlor die Stadt ihre Metropolenfunktion. Ein Drittel des Industriepotentials wurde durch den Krieg zerstört, dazu kamen enorme Kapazitätsverluste durch Demontagen. Die kriegsbedingten Verluste beliefen sich auf

insgesamt 66%.¹ Mit der Teilung der Stadt – insbesondere nach dem Bau der Mauer 1961 – erfuhr der Westteil nochmals einen dramatischen ökonomischen Bedeutungsverlust. Ostberlin als Hauptstadt der DDR dagegen entwickelte sich zum ökonomischen Zentrum der DDR. Hier befanden sich die Zentralen von 18 Kombinat der DDR. Ostberlin war integraler Bestandteil des osteuropäischen Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) und hier konzentrierten sich überregionale Dienstleistungs- und Versorgungsfunktionen für die DDR.² Auf der anderen Seite wurden Westberlins gewachsene ökonomische Verflechtungsbeziehungen mit seinem regionalen Umfeld durch die Insellage gekappt. Gingen vor dem Krieg weniger als ein Viertel der Berliner Waren in das Gebiet der alten Bundesrepublik und kam nur ein Drittel der Importe von dort,³ musste sich das Schwergewicht des Warenaustauschs nun auf Westdeutschland verlagern. Die politisch unsichere Lage der »Frontstadt« führte zu mehreren Abwanderungswellen. Finanz- und Industriekapital verließ die Stadt in den sicheren Westen. Mehr als zwei Drittel der großen deutschen Banken hatten in den 1930er Jahren ihren Hauptsitz in Berlin, nach 1955 war keine einzige mehr dort ansässig:⁴ »Die Berliner Finanzinstitute, deren Hauptverwaltung im Ostberliner Zentrum gelegen waren, hatten sich noch vor der Einnahme Berlins durch die Rote Armee mitsamt ihren gehorteten Kapitalien nach Westen abgesetzt. Die Großbanken konzentrierten sich in Frankfurt/Main und Düsseldorf, die Versicherungskonzerne in München, Köln und Hamburg.«⁵ So verlegte z.B. Siemens seinen Sitz nach München, AEG nach Frankfurt, die VEBA und Borsig nach Düsseldorf.⁶ Nach dem Mauerbau wurden bis auf wenige Ausnahmen die Forschungs- und Entwicklungsabteilungen in das Bundesgebiet ver-

¹ Vgl. Erwin Riedmann, in: *dérive*, Zeitschrift für Stadtforschung, Nr. 20, zitiert nach: www.derive.at/index.php?p_case=2&id_cont=475&issue_No=20, und Sigfrid von Weher, *Berlins Weg zur Elektropolis*. Ein Beitrag zur Technik- und Industriegeschichte an der Spree, Göttingen/Zürich 1987, S. 162.

² Vgl. Carl Wechselberg, *Transformation und Peripherisierung, Die alte und neue Ökonomie Berlins*, in: Albert Scharenberg (Hrsg.), *Global City oder Konkursmasse? Eine Zwischenbilanz zehn Jahre nach dem Mauerfall*, Berlin 2000, S. 74.

³ Anna Damrat, *Wirtschaftspolitik an einem schwierigen Ort*, in: Knut Nevermann (Hrsg.), *Lokal 2000. Berlin als Testfall*, Reinbek b. Hamburg 1983, S. 30.

⁴ Carl Wechselberg, a.a.O., S. 71.

⁵ Hans G. Helms, *Geschichte der industriellen Entwicklung Berlins und deren Perspektiven*, in: Albert Scharenberg, a.a.O., S. 61.

⁶ Vgl. ebenda.

lagert.⁷ Westberlin erlebte eine dramatische Deindustrialisierung – gab es 1960 noch 300.000 Arbeitsplätze in der Industrie, waren es 1982 nur noch 160.000. Im gleichen Zeitraum reduzierte sich die Zahl der industriellen Arbeitsplätze im Bundesgebiet nur um 5%.⁸

Westberlin war damit nur noch mit umfangreichen Subventionen aus dem Bundesgebiet überlebensfähig. 1990 betragen die Subventionen nach dem Berlinförderungsgesetz 9,245 Mrd. DM. Davon gingen zwei Drittel in Form von Steuerermäßigungen an Unternehmen und Abschreibungsprojekte, drei Mrd. DM in Gestalt der »Arbeitnehmerzulage« in die Aufbesserung der Löhne und Gehälter Berliner Lohnabhängiger.⁹ Die spezifische Ausgestaltung und Wirkungsweise der Berlinförderung begünstigte standardisierte, wertschöpfungsarme und kapitalintensive Massenproduktion, die vor allem auf den Fernabsatz ausgerichtet war. Sie verhinderte nicht, »daß zentrale Unternehmensbereiche wie Geschäftsführung, Verwaltung, Forschung und Entwicklung in die Bundesrepublik verlagert wurden, während in Berlin häufig nur die Teil- oder Endfertigung verblieb; denn die Ausschöpfung des Steuervorteils war auch bei geringer wirtschaftlicher Leistung möglich«. ¹⁰ Die Absurdität des Subventionssystems wird durch die Tatsache illustriert, dass »in einigen Betrieben der kaffee- und zigarettenverarbeitenden Industrie die Subventionen pro Arbeitsplatz das Viereinhalbfache der Löhne und Gehälter« betragen.¹¹ Strukturbestimmend für die Westberliner Wirtschaft wurden verlängerte Werkbänke. Diese tätigten zwar hohe Umsätze, die Unternehmen mussten darauf aber nur eine ermäßigte Umsatzsteuer zahlen. Hohe Umsätze bedeuteten aber nicht gleich hohe Wertschöpfung, denn die Vorleistungen wurden weitgehend außerhalb Berlins erbracht und trugen damit nichts zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen vor Ort bei. Für Berlin blieb häufig nur die Endmontage.¹²

⁷ DGB Landesbezirk Berlin (Hrsg.), *Leben und Arbeiten in Berlin*, Berlin 1984, S. 21.

⁸ Ebenda, S. 34.

⁹ Subventionsbericht des Berliner Senats, nach: Presse- und Informationsamt des Landes Berlin, *Berlin Handbuch, Das Lexikon der Bundeshauptstadt*, Berlin 1992, S. 118.

¹⁰ DGB Landesbezirk Berlin, a.a.O., S. 67.

¹¹ DGB Landesbezirk Berlin, a.a.O., S. 68.

¹² Dass diese Berlinförderung auf dem Arbeitsmarkt kaum positive Wirkung hatte, sondern vermutlich durch die damit verbundene Strukturverzerrung eher kontraproduktiv war, zeigt die Tatsache, dass allein von 1980 bis 1983 die Subventionen für die Berliner Wirtschaft von 7,3 auf 8,0 Mrd. DM anstiegen, im gleichen Zeitraum

Aber nicht nur die Westberliner Wirtschaft war hochsubventioniert. Die wirtschaftliche Strukturschwäche ging naturgemäß mit einer geringen Steuerkraft einher. So sank z.B. der Anteil der Steuereinnahmen an den Gesamteinnahmen des Landes von 30% im Jahr 1970 auf lediglich 22% im Jahr 1983. Zum Vergleich: Im Durchschnitt der Bundesländer lag der Steueranteil an den Gesamteinnahmen bei ca. 70%.¹³ Somit war nicht nur Berlins Wirtschaft auf hohe Subventionen angewiesen, auch für den öffentlichen Haushalt waren Subventionen überlebensnotwendig. Diese wurden mit dem »Dritten Überleitungsgesetz« geregelt. Das Land Berlin erhielt »zur Deckung eines auf andere Weise nicht ausgleichenden Haushaltsfehlbetrags einen Bundeszuschuss«. Dieser sollte »so bemessen sein, dass das Land Berlin befähigt wird, die durch seine besondere Lage bedingten Ausgaben zur wirtschaftlichen und sozialen Sicherung seiner Bevölkerung zu leisten und seine Aufgaben als Hauptstadt eines geeinten Deutschland zu erfüllen«.¹⁴ Die Bundeshilfe machte im Laufe der Zeit einen immer größeren Anteil am Haushalt aus. Betrug sie 1952 etwas mehr als ein Drittel der Gesamteinnahmen, stieg sie bis 1970 auf 40%, um in den Jahren bis 1980 auf den Höchstwert von 53,2% anzuwachsen, im Jahr 1989 waren es 50%. Exemplarisch für die Mentalität Westberliner PolitikerInnen ist die Tatsache, dass der Senat in seiner vor dem Fall der Mauer erstellten Finanzplanung 1989-1992 eine höhere Bundeshilfe unterstellte, als dies vonseiten des Bundes geplant war: »Für die Jahre ab 1991 gehen deshalb die Erwartungen Berlins zur Bundeshilfe von höheren Beiträgen aus, als diese im geltenden Finanzplan des Bundes zugrunde gelegt sind. Der Senat hält eine jährliche Zunahme der Bundeshilfe um 3,5 v.H. für unabweisbar, um die vorgesehenen Ausgabensteigerungen Berlins von durchschnittlich jährlich 3,6 v.H. zu gewährleisten. Auf dieser Grundlage ist eine Erhöhung der vom Bund in Aussicht gestellten Beiträge um 195 Mio. DM für 1991, 390 Mio. DM für 1992 und 590 Mio. DM für 1993 notwendig.«¹⁵ Es mag heutzutage absurd erscheinen, aber es entsprach der damaligen Lebenserfahrung der Westberliner politischen Klasse, dass bei Verhandlungen mit dem Bund über die Höhe der Bundeshilfe zwar

aber 40.000 Arbeitsplätze verloren gingen. Vgl. Wahlprogramm der Alternativen Liste 1985, S. 172.

¹³ DGB-Landesbezirk, a.a.O., S. 96.

¹⁴ Drittes Gesetz zur Änderung des Dritten Überleitungsgesetzes vom 11. Mai 1956, zitiert nach: Hans Willi Weizen, Berlin in der Finanzkrise. Bilanz einer Sanierungsstrategie, Berlin 2007, S. 37.

¹⁵ Abg.haus-Drs. Nr. 11/685, S. 10, zitiert nach Hans Willi Weizen, a.a.O., S. 47.

nicht alle Berliner Forderungen zu 100% erfüllt wurden, der Fehlbetrag im Haushalt aber doch weitgehend ausgeglichen wurde.

Ein kontinuierliches Ansteigen des Anteils der Bundeshilfe am Gesamthaushalt seit den 1950er Jahren war auch deshalb notwendig, weil der öffentliche Dienst als »Auffangbecken« für die im verarbeitenden Gewerbe und im Handel abgebauten Arbeitsplätze diente.¹⁶ So stieg der Anteil der im Öffentlichen Dienst Beschäftigten an allen Erwerbstätigen von 14,4% im Jahr 1960 auf 24% im Jahr 1981.¹⁷ Dass jeder vierte Erwerbstätige beim Staat beschäftigt war, war nur mit umfangreicher und stetig wachsender Bundeshilfe möglich. Unmittelbar vor dem Fall der Mauer betrug die Subventionierung der Westberliner Wirtschaft mehr als 10 Mrd. DM, der Bundeszuschuss zum Westberliner Haushalt 12,5 Mrd. DM: »Berücksichtigt man weitere Finanzhilfen wie z.B. zinsgünstige Kredite aus dem Recovery Program (Marshall-Plan), Frachtkostenzuschüsse, Transitkostenpauschalen und Flugkostenermäßigungen, so zählte die Stadt zu den am höchsten subventionierten Wirtschaftsregionen weltweit.«¹⁸

Aber auch Ostberlin war trotz oder gerade wegen seiner herausragenden politischen und wirtschaftlichen Bedeutung für die DDR auf hohe Zuweisungen aus dem DDR-Staatshaushalt angewiesen. In der DDR wurden die nicht aus den eigenen Einnahmen zu finanzierenden Ausgaben der Bezirke aus dem zentralen Staatshaushalt finanziert. Während diese Zuweisung an die Bezirke durchschnittlich 36% des bezirklichen Haushaltes ausmachte, erhielt Ostberlin mit 58,3% den mit Abstand höchsten Ausgleich.¹⁹ Mit der Vereinigung Berlins fusionierten also die in ihren jeweiligen Staaten mit Rekordsubventionen versehenen Teilstädte.

Versiegende Subventionen im Gefolge der Vereinigung

Mit der Einheit der beiden Stadthälften versiegten dann schlagartig ihre jeweiligen Subventionsquellen. Mit dem Ende der DDR endeten naturgemäß auch die Finanzzuweisungen aus dem DDR-Staatshaushalt, gleichzeitig wurde die Subventionierung der Berliner Wirtschaft durch das Berlinför-

¹⁶ DGB-Landesbezirk, a.a.O., S. 33.

¹⁷ Ebenda.

¹⁸ Günter Seiler, Von Subventionsmentalitäten und Metropolenträumen. Wirtschaftspolitik in Berlin, in: Prokla 110, Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, 28. Jg., Nr. 1, März 1998, S. 26f.

¹⁹ Vgl. Hans Willi Weitzen, a.a.O., S. 42 und 312.

dergesetzt in großen Schritten bis 1995 abgebaut. Im gleichen Jahr endete die Berlinhilfe für den Berliner Haushalt mit der Integration in das System des Länderfinanzausgleichs. Beides hatte verheerende Folgen.

Nach einem kurzen vereinigungsbedingten Boom in den Jahren 1990 und 1991 schlug mit dem Abbau der Berlinförderung die Strukturschwäche der Berliner Wirtschaft voll durch. Die »Stilllegung« Westberlins gegenüber der nationalen und internationalen Städtekonkurrenz durch Subventionierung war schlagartig beendet. Die »verlängerten Werkbänke« verloren mit dem Abbau der Subventionen ihre Rentabilität – Betriebsschließungen und Betriebsverlagerungen in die jetzt hochsubventionierten ostdeutschen Bundesländer und das »neuerschlossene« osteuropäische Ausland waren die Folge. Allein im Zeitraum von 1992 bis 1994 sank die Zahl der Industriebeschäftigten in Westberlin von 172.500 auf 136.000 Beschäftigte.²⁰

Im Ostteil der Stadt verlief der Deindustrialisierungsprozess noch dramatischer. Die rasche Einführung der DM führte angesichts des Produktivitätsrückstands vieler ostdeutscher Betriebe zum schlagartigen Verlust ihrer Wettbewerbsfähigkeit. Obendrein verloren sie dadurch einen Großteil ihrer osteuropäischen Absatzmärkte, die jetzt die ostdeutschen Waren mit Devisen zahlen mussten. Die Politik der Treuhandanstalt – die auf rasche Kostensenkung, Privatisierung und Ausgliederung und nicht selten auf Ausschaltung einer lästigen Konkurrenz orientierte – tat ihr Übriges. Im Sommer 1991 waren von ursprünglich 190.000 Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe nur noch 100.000 beschäftigt. Ein Jahr später – 1992 – waren es weniger als 60.000.²¹

Wegfall der Berlinsubventionen, Deindustrialisierung in Ost und West und der damit verbundene Verlust von Steuerkraft führten zu einem dramatischen Einbruch der Landeseinnahmen. Dem stand ein extrem großer zu finanzierender öffentlicher Sektor gegenüber: Mit der Vereinigung fusionierten zwei überdimensionierte Stadtverwaltungen, durch die Teilung verfügte Berlin über viele öffentlich finanzierte Einrichtungen in doppelter oder gar mehrfacher Ausfertigung wie Opern, Universitäten und Hochschulen sowie Museen. Gleichzeitig führte die sprunghaft angestiegene Arbeitslosigkeit zu immer höheren Sozialausgaben. Es war eigentlich offensichtlich:

²⁰ Carl Wechselberg, a.a.O., S. 76.

²¹ Hans Heuer/Frieder Naschold, Der Wirtschaftsraum Berlin-Brandenburg im Umbruch, in: Senatsverwaltung für Wirtschaft und Technologie, Auf dem Weg zur Wirtschaftsmetropole Berlin, Empfehlungen der strukturpolitischen Expertenkommission, Berlin 1992, S. 37.

Wenn es nicht zu einschneidenden Veränderungen kommen würde, müssten die einbrechenden Einnahmen bei einem im Vergleich der Bundesländer extrem hohen Ausgabenniveau in einer finanziellen Katastrophe enden.

Aber die Politik im Nachwende-Berlin war noch immer von der alten Westberliner politischen Klasse dominiert, die ihre politische Sozialisation im hochsubventionierten »Schaufenster des Westens« erfahren hatte und über Fehlbeträge im Haushalt vor allem eines wusste, dass sie nämlich in der Regel durch Zuschüsse aus dem Bundeshaushalt gedeckt wurden.

Statt die bittere Wirklichkeit – Zusammenbruch der industriellen Basis und Verlust der finanziellen Grundlagen der Stadt – zur Kenntnis zu nehmen, bestimmte Realitätsverweigerung die Politik im unmittelbaren Nachwende-Berlin. Optimistische Zukunfts- und Wachstumsszenarien bestimmten die öffentliche Diskussion über die Perspektiven der wiedervereinigten Stadt – angeheizt von sich selbst übertreffenden Prognosen der Experten und Berater. Bis zum Jahr 2010 sollte Berlins Bevölkerung danach um 1,2 bis 1,4 Mio. Einwohner wachsen, 800.000 neue Wohnungen würden benötigt, 700.000 Arbeitsplätze sollten neu entstehen und 22,5 Mio. Quadratmeter Geschossfläche für Industrie, Dienstleistungen und Handel sollten errichtet werden.²² Berlin würde »global city« werden, sollte zum vierten »Knotenpunkt Europas neben Paris, London und Moskau« und zu einem der größten Dienstleistungszentren des Kontinents werden.²³ Als »Drehscheibe zwischen Ost und West« sollte es »vorgeschobener Standort des EG-Binnenmarktes mit Ausstrahlung weit nach Osteuropa hinein« sein.²⁴

Mit der tatsächlichen Lage hatte das allerdings wenig zu tun: Denn eine »global city« zeichnet sich dadurch aus, dass sich in ihr die »geballten Funktionen, Leistungen und Ressourcen von nationaler – und wenigstens in bedeutenden Fällen – von internationaler Bedeutung« konzentrieren.²⁵ Berlin aber war (und ist) weit entfernt davon, eine derartige Metropole zu sein. Es war weder ein Zentrum der »Produktion spezialisierter Dienstleistungen für komplexe Organisation, darunter vor allem höheres Management, Kontroll-

²² Vgl. Michael Mönninger, *Des neue Berlin. Baugeschichte und Stadtplanung der deutschen Hauptstadt*, Frankfurt a.M./Leipzig 1991, S. 15.

²³ Ex-Daimler-Vorstandsvorsitzender Edzard Reuter, zitiert nach: *Der Spiegel*, Nr. 8/1995, S. 43.

²⁴ Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umweltschutz, *Räumliches Strukturkonzept. Grundlagen für die Flächennutzungsplanung*, o.O., o.J.

²⁵ Hans Heuer, *Berlin als Dienstleistungszentrum im Ost-West-Verhältnis*, in: Werner Süß (Hrsg.), *Hauptstadt Berlin*, Band 1: *Nationale Hauptstadt. Europäische Metropole*, Berlin 1994, S. 485.

und Dienstleistungsfunktionen«, noch ein »Ort der Produktion von Innovation im Finanzwesen und Etablierung von Märkten«. ²⁶ Dies wird auch deutlich, wenn man als einen wesentlichen Indikator für den wirtschaftlichen Metropolencharakter einer Stadt die Zahl der dort ansässigen Hauptquartiere der großen transnationalen Unternehmen untersucht. Während in New York 59 der fünfhundert weltgrößten Unternehmen zum damaligen Zeitpunkt ihren Sitz hatten, in London 37, in Paris 27, in der Rhein-Ruhr-Region immerhin 18, in Hamburg 10 und in Frankfurt (ohne Banken) 7, fand und findet sich bis heute in Berlin kein einziges solches »headquarter«. ²⁷ Berlin war und ist »trotz aller internationalen Potentiale und Verbindungen (noch) keine »global city«, keine Stadt der Welt, kein europäischer Knoten im System globaler Steuerungscentren.« ²⁸

Berlin will »global city« sein

Die Entwicklung der ersten Nachwendejahre schien allerdings die euphorischen Prognosen, die Berlin als rasch aufblühende europäische Metropole sahen, zunächst zu bestätigen: Berlins Bruttoinlandsprodukt wuchs mit Wachstumsraten, die deutlich über dem Bundesdurchschnitt lagen, die Zahl der Einwohner stieg kontinuierlich, die Stadt erlebte einen Immobilienboom, einen regelrechten Wettlauf internationaler Immobilieninvestoren und Developer um die besten Citylagen. So konnte sich die regierende Koalition in der scheinbaren Sicherheit wiegen, dass alle aktuellen Probleme durch die sich abzeichnende prosperierende Zukunft gelöst würden: Die Deindustrialisierung Berlins würde durch ein rasches Wachstum des Dienstleistungssektors und der Abbau der Subventionen durch wachsende Steuereinnahmen kompensiert werden.

Diese Hoffnung sollte sich allerdings als trügerisch erweisen: Die mit Vereinigungs- und Immobilienboom nicht überwundene Strukturschwäche der Berliner Wirtschaft forderte wieder ihren Tribut: Nach 1995 sank das Brut-

²⁶ Saskia Sassen, *Global City: Internationale Verflechtungen und ihre innerstädtischen Effekte*, in: Hartmut Häußermann/Walter Siebel (Hrsg.), *New York. Strukturen einer Metropole*, Frankfurt a.M. 1993, S. 76.

²⁷ J.R. Feagin/M.P. Smith, *Global Cities und neue internationale Arbeitsteilung*, in: Renate Borst u.a. (Hrsg.), *Das neue Gesicht der Städte. Theoretische Ansätze und empirische Befunde aus der internationalen Debatte*, Basel/Boston/Berlin 1990, S. 65f.

²⁸ Klaus R. Kunzmann, *Berlin im Zentrum europäischer Städtenetze*, in: Werner Süß (Hrsg.), *Hauptstadt Berlin*, Bd. 1, a.a.O., S. 233.

toinlandsprodukt Berlins nahezu kontinuierlich, um bis zum Jahr 2002 sogar unter das Niveau von 1991 zu fallen,²⁹ die Einwohnerzahl ging zurück, der Immobilienboom, der zuvor die Form einer »rauschhaften Spekulation« (Wulf Eichstädt) angenommen hatte, brach zusammen. Steigende Arbeitslosigkeit, leerstehende Büropaläste und ausbleibende Investitionen bestimmten das Bild in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre. Aber »ungeachtet des veränderten Erwartungshorizonts und der tiefgreifenden Wirtschaftskrise bleiben die legitimatorischen Funktionsbeschreibungen nach Ende des Ost-West-Konflikts konstant. Berlin will Metropole sein, und insofern sie es noch nicht ist, soll sie es werden. Die Vision einer hauptstädtischen Dienstleistungsmetropole in Europa durch Anwerbung von headquarters internationaler Unternehmen und produktionsorientierter Dienstleistungen bildet in Verbindung mit einer unternehmerischen Stadtpolitik (...) das legitimatorische Rückgrat der regierenden CDU-SPD-Koalition.«³⁰

Die Politik der Großen Koalition setzte also nach wie vor auf die rasche Entwicklung zur internationalen Dienstleistungsmetropole, zur »global city«. Erreicht werden sollte dieses Ziel durch das neoliberale Konzept einer »unternehmerischen Stadtentwicklungspolitik«. Bezeichnenderweise stellte der damalige Regierende Bürgermeister, Eberhard Diepgen, seine erste Regierungserklärung unter das Motto »Unternehmen Berlin«. War Berlin bis zum Fall der Mauer gegenüber der internationalen Städte- und Standortkonkurrenz durch die umfangreiche Berlinhilfe im Westteil und die Einbindung in die sozialistische Staatengemeinschaft im Ostteil weitgehend stillgelegt, sollte sich die Stadt nun verschärft in den Wettbewerb mit anderen europäischen großstädtischen Zentren und Metropolen um die Gewinnung von in- und ausländischen Investoren und »die Initiierung und Stimulierung privater Kapitalakkumulation« begeben.³¹

Angesichts seiner Strukturschwäche hatte Berlin allerdings denkbar schlechte Voraussetzungen, um im harten internationalen Wettbewerb der Metropolen bestehen zu können. Die Schwäche des Standorts suchte die Große Koalition mit Großprojekten zu kompensieren. Dies sollte vor allem durch die Übernahme der Hauptstadtfunction und den Ausbau zum

²⁹ Senatsverwaltung für Finanzen, Verursachung der Schuldenlast außerhalb der Verantwortung Berlins, 20.4.2004, S. 5.

³⁰ Werner Süß, Heiko Raabe, Was wird aus Berlin? Stadtmanagement zwischen Globalität und Lokalität, in: Werner Süß (Hrsg.), Hauptstadt Berlin, Band 1, a.a.O., S. 447.

³¹ Margit Mayer, Lokale Politik in der unternehmerischen Stadt, in: Renate Borst u.a. (Hrsg.), a.a.O., S. 197.

politischen Entscheidungszentrum geschehen. Auf diese Weise sollte der »große Sprung nach vorn« in die Weltliga der Metropolen geschafft werden. Die Bewerbung für die Olympischen Sommerspiele im Jahr 2000 ordnete sich in diese Strategie ein. Die Hauptstadtwertung sollte die »Pflicht«, Olympia 2000 die »Kür« auf dem Weg Berlins zum europäischen Dienstleistungszentrum sein, so Eberhard Diepgen. Ohne die Hauptstadtfunktion, fürchtete damals die Landesbank, »wäre die Stadt zwar nicht das Armenhaus der Nation, aber keinesfalls eine prosperierende und aus eigener Kraft lebensfähige Wirtschaftsregion«. ³² Durch die Verlegung der politischen Entscheidungszentren von Bonn nach Berlin – so die Hoffnung des Senats – sollte die Stadt wieder Attraktivität für die Hauptquartiere international ausgerichteter Großunternehmen und der mit ihnen verbundenen Dienstleistungsfunktionen gewinnen, weil »aus der Perspektive bedeutender nationaler und internationaler Unternehmen (...) die Nähe zu politischen Entscheidungszentren von großer Bedeutung für die Standortwahl« sei – so Abraham Rosenthal damals, einer der großen Immobiliendeveloper in Berlin. ³³

Angesichts der immensen Diskrepanz zwischen der Ausgangslage und der Zielsetzung der Metropolenwerdung brauchte die Berliner »Wachstumskoalition« aus den regierenden Parteien, Verbänden, Medienvertretern und Developern unübersehbare und spektakuläre Zeichen der »Remetropolisierung« der Stadt. Während Städte wie Paris, London, Rom, Tokio und New York »gleichsam von Geburt international sichtbar und konkurrenzfähig sind«, ³⁴ versuchte man aus einer Position der Schwäche durch spektakuläre Großprojekte die internationale Aufmerksamkeit und das Interesse weltweit agierender Investoren zu wecken. Mit dem Verkauf des Potsdamer Platzes – ursprünglich eine riesige innerstädtische Brachfläche an der Nahtstelle zwischen Ost- und Westberlin – zu Vorzugskonditionen ³⁵ an drei

³² Landesbank Berlin, Wirtschaftliche Perspektiven der Region Berlin. Ein Beitrag zur Hauptstadtdiskussion, Berlin 1991, S. 7.

³³ Abraham Rosenthal, Berlin im Prozeß der westeuropäischen Integration, in: Werner Süß (Hrsg), Hauptstadt Berlin, Band 1, a.a.O., S. 251.

³⁴ Landesbank Berlin, a.a.O., S. 11.

³⁵ »Während (...) die Treuhand für den halben Leipziger Platz um die 350 Millionen Mark kassierte, nahm die Stadt am Berlin am Potsdamer Platz für die fünffache Menge an kommunalem Baugrund nur gut die Hälfte ein.« Die Europäische Kommission sah darin eine unerlaubte Subvention und verlangte eine Nachzahlung von dem Investor debis. Siehe Eva Schweitzer, Großbaustelle Berlin. Wie die Hauptstadt verplant wird, Berlin 1996, S. 97 und 100.

multinationale Konzerne hatte die Berliner Politik frühzeitig demonstriert, dass sie bereit ist, großzügig Flächen in bester zentraler Lage für Dienstleistungskomplexe und die Selbstdarstellungsbedürfnisse international agierender Unternehmen bereitzustellen. Ein »Koordinierungsausschuss für innerstädtische Investitionen« wurde etabliert, der unter Ausschluss der Öffentlichkeit tagte und in der Zeit von 1991 bis 1993 für die investorenfreundliche Abwicklung von mehr als 50 Großprojekten in der Ostberliner Innenstadt sorgte.³⁶ Die Bewerbung für die Olympischen Spiele im Jahr 2000 sollte zum Katalysator des Stadtumbaus werden: Einer der Eckpfeiler der Olympiaplanungen bestand im zwei Mrd. DM teuren olympiatauglichen Ausbau des Messegeländes, der Planung von vier nur für kommerzielle Großveranstaltungen nutzbaren Sport- und Veranstaltungshallen, von denen trotz des Scheiterns der Bewerbung noch drei gebaut wurden. So sollte Berlin die nötige Aufmerksamkeit als international renommierter Veranstaltungsort und Anziehungskraft für zahlungskräftige Besucher erhalten. Mehrere städtebauliche Entwicklungsgebiete wurden ausgewiesen, in denen – wie in Berlin damals üblich – mit hohem Einsatz öffentlicher Mittel ehemalige Gewerbe- und Industrieflächen für Wohn-, Gewerbe- und Dienstleistungsnutzungen umgewidmet werden sollten. Angesichts des prognostizierten Bevölkerungswachstums werden umfangreiche – öffentlich geförderte – Wohnungsbauprogramme über 80-100.000 Wohnungen aufgelegt. Allein durch die öffentliche Wohnungsbauförderung – die in ihrer spezifischen Berliner Ausgestaltung weniger sozialen Zwecken als der Subventionierung der Berliner Immobilienwirtschaft diene – und die Ausweisung städtebaulicher Entwicklungsgebiete und neuer Wohngebiete entstand ein »langfristiger Finanzierungsbedarf« von fast 23 Mrd. DM und ein zusätzlicher jährlicher Finanzierungsbedarf von ca. 1,5 Mrd. DM.³⁷ Und das bei einem Haushalt, der angesichts des dramatischen Abbaus der Bundeszuweisungen und der wirtschaftlichen Strukturschwäche strukturell unterfinanziert war, weshalb die Sanierung elementarer öffentlicher Infrastrukturen wie von Schulen finanziell nicht gesichert war.

Berlin setzte in dieser Zeit falsche politische und investive Prioritäten. Der Senat konzentrierte die knappen öffentlichen Mittel auf die Entwicklung der auf die Konkurrenz mit anderen Metropolen zielenden »ersten Stadt«,

³⁶ Vgl. Karin Lenhardt, »Bubble-politics« in Berlin. Das Beispiel Koordinierungsausschuß für innerstädtische Investitionen: eine »black box« als Macht- und Entscheidungszentrale in: Prokla 110, März 1998, S. 43ff.

³⁷ Vgl. Weizen, a.a.O., S. 342f.

d.h. auf die (wirklichen oder vermeintlichen) »Glanz- und Höhepunkte einer Stadt, (...) die internationale Funktionen und Aufmerksamkeit auf sich ziehen (kann)«. ³⁸ Bereits 1992 warnte eine vom Senat selbst eingesetzte Expertenkommission, dass eine am Leitbild der »europäischen Dienstleistungsmetropole« orientierte politische Strategie »von sehr unrealistischen Annahmen aus(geht)«. Sie würde »einerseits das allgemeine wirtschaftliche Entwicklungstempo und andererseits die Fähigkeit der Berliner Wirtschaft, sich im erforderlichen Maße umzustrukturieren«, überschätzen: »Eine solche Orientierung würde u.a. falsche Investitionsentscheidungen auslösen, die eine realistische Entwicklung behindern.« ³⁹ Diese und andere Warnungen verhallten jedoch ungehört.

Eine weitere Strategie, um Berlin zur »global city« zu entwickeln, sollte die Privatisierung öffentlicher Unternehmen sein. Sie sollte zur Initiierung privater Investitionen und der Mobilisierung privaten Kapitals dienen. Angesichts der exorbitant hohen jährlichen Finanzierungsdefizite des Landeshaushaltes wurde seit 1996 eine forcierte Privatisierungspolitik eingeleitet. Sie diente jedoch nicht nur der Generierung zusätzlicher Einnahmen für den Landeshaushalt. Mit der vollständigen oder teilweisen Veräußerung öffentlicher Unternehmen sollte internationales Kapital in die Stadt geholt werden, die bislang öffentlichen Unternehmen »modernisiert« werden und ihre Aktivitäten nicht mehr nur auf die Gewährleistung der öffentlichen Daseinsvorsorge in der Stadt ausgerichtet, sondern internationalisiert werden. So erklärte die damalige Finanzsenatorin Fugmann-Heesing ihre Privatisierungspolitik: »Neben dem haushaltspolitischen Interesse verfolgt der Senat zum anderen einen wirtschaftspolitischen Ansatz: Wir entwickeln mit Hilfe Berliner Unternehmen die Voraussetzungen für weitere wirtschaftliche Aktivitäten in der Stadt. Aufgrund europäischer Entwicklungen ist der Ausgangspunkt der Privatisierungen der Berliner Energiesektor gewesen. Wir haben insbesondere ausländische Investoren an den ehemals landeseigenen Energieunternehmen dieser Stadt beteiligt, um neue wirtschaftliche Aktivitäten in Berlin und über Berlin hinaus zu forcieren. Beim Bewag-Verkauf zeigt sich bereits, dass der amerikanische Gesellschafter in den USA für Investitionen in Berlin wirbt. (...) Ein weiterer Aspekt für die Privatisierung

³⁸ Hartmut Häußermann/Walter Siebel, *Neue Urbanität*, Frankfurt a.M. 1987, S. 138.

³⁹ Senatsverwaltung für Wirtschaft und Technologie, *Auf dem Weg zur Wirtschaftsmetropole Berlin*, Empfehlungen der strukturpolitischen Expertenkommission, Berlin 1992, S. 12f.

in diesem Bereich ist der zunehmende Wettbewerb in der europäischen Energiewirtschaft. Daher ist es besonders sinnvoll, Investoren an unseren ehemaligen Unternehmen zu beteiligen, die bereits Erfahrungen mit größerem Wettbewerb gemacht haben. Auch dieses ist ein Grund, warum ich eine Privatisierung auch an ausländische Unternehmen wollte.«⁴⁰

Auf diese Weise sollten international agierende strategische Investoren in die Stadt geholt und neue Geschäftsfelder erschlossen werden. So wie Berlin sich zur »global city« entwickeln sollte, sollten z.B. die Berliner Wasserbetriebe (BWB) zum »global player« werden. Ihre Aufgabe sollte nicht mehr einfach die Wasserversorgung und -entsorgung in Berlin sein, sondern die Expertise der BWB sollte für eine Expansion insbesondere auf den neu zu erschließenden Märkten in Ost- und Zentraleuropa genutzt werden. Gleichzeitig wurden sie zu einem Mischkonzern entwickelt, der sich unter anderem auch in der Telekommunikationsbranche zu tummeln begann.⁴¹

Die Gründung der Bankgesellschaft Berlin – als Hybrid aus öffentlichen Banken wie der Landesbank Berlin mit der Sparkasse und privaten Banken – hatte ihren Ursprung ebenfalls in dem Versuch, über den Berliner Raum hinaus zu expandieren und die Fesseln des Regionalprinzips der Sparkassen zu sprengen. Mit der Zusammenführung der Landesbank mit der Sparkasse, der Berliner Bank und der Berliner Hypotheken- und Pfandbriefbank war die Hoffnung verbunden, dass ein Bankkonzern in einer Größenordnung entsteht, »die zur Erlangung einer internationalen Wettbewerbsposition sowie unter Ertragsgesichtspunkten erforderlich ist«. Auf diese Weise sollten internationale Kapitalströme nach Berlin geleitet werden, die dann für die Investitionen in- und ausländischer Unternehmen zur Verfügung stehen würden.⁴² Angesichts der Strukturschwäche der Berliner Wirtschaft ließ sich das erwünschte »große Rad« jedoch nicht drehen, die anvisierte Expansion der Bankgesellschaft konnte nur durch die Attraktion spekulativen Kapitals in mit umfangreichen Garantien versehenen Immobilienfonds erzielt werden. Durch die Refinanzierung des Konzerns über die Landesbank wurde

⁴⁰ Annette Fugmann-Heesing, zitiert nach: Peter Erdmaier, Die Privatisierung von Unternehmensbeteiligungen des Landes Berlin seit der Wiedervereinigung. Ausdruck wirtschaftspolitischer Neubesinnung oder finanzpolitischen Zwangs?, www.diss.fu-berlin.de/diss/receive/FUDISS_thesis_000000000348, S. 233.

⁴¹ Ausführlich dazu: Ross Beveridge, A Politics of Inevitability. The Privatisation of the Berlin Water Company, the Global City Discourse and Governance in 1990s Berlin, Wiesbaden 2012.

⁴² Wolfgang Quast/Ute Kathmeyer, Der Finanzplatz Berlin, Werner Süß (Hrsg.) Hauptstadt Berlin, Bd. 1, a.a.O., S. 396.

die Gewährträgerhaftung des Landes auf den gesamten Konzern und damit auch auf die spekulativen Immobiliengeschäfte übertragen. Hier – wie im Falle der BWB, wo die Rendite den privaten Investoren mit der Teilprivatisierung vertraglich garantiert wurde – übernahm die öffentliche Hand das Risiko privater Investoren.

So hatte sich im Nachwende-Berlin eine eigenartige Synthese von neoliberaler »unternehmerischer Stadtpolitik« mit der althergebrachten Westberliner Subventionswirtschaft herausgebildet. Finanzpolitische Bedenkenlosigkeit (»Der Bund wird schon zahlen«⁴³) und der massive Einsatz öffentlicher Mittel zur direkten oder indirekten Finanzierung privater Investitionen und die Risikoübernahme privater Investitionen durch die öffentliche Hand waren die Kennzeichen dieser Politik. Seinen dramatischen Höhe- und zugleich Endpunkt sollte dieses »Berliner Modell« in der Berliner Bankenkrise finden.

⁴³ Legendär der Satz des damaligen Fraktionsvorsitzenden und »starken Manns« der Berliner CDU, Klaus-Rüdiger Landowsky: »Wenn die Arbeitslosen erstmal auf der Treppe des Reichstags herumlungern, wird der Bund schon zahlen.«

16. Versuch einer (selbst)kritischen Bilanz

Woran misst man Erfolg oder Misserfolg von zehn Jahren Regierungsbeteiligung? Am Wahlergebnis am Ende der Regierungszeit oder an den erreichten Veränderungen? Beides alleine zum Kriterium zu nehmen, würde zu kurz greifen. Der Versuch einer (selbst)kritischen Bilanz muss vielschichtiger ansetzen, denn die Wirklichkeit ist komplizierter, ist nicht einfach weiß oder schwarz. Die Aspekte, Erfolg oder Misserfolg zu messen, sind vielfältig.

2001/2002, als die Große Koalition stürzte und SPD und PDS sich anschickten, eine Koalitionsregierung zu bilden, lagen der Fall der Mauer und der Zusammenbruch des »realen Sozialismus« gerade einmal zehn Jahre zurück. Die Stadt war noch immer sozial, kulturell, mental und politisch gespalten. Ein Eintritt der PDS in die Regierung galt vielen BerlinerInnen vor allem im Westen der Stadt, aber auch bei Teilen der Ostberliner Bevölkerung, als bis dahin undenkbarer Tabubruch. Über viele Jahre galt die PDS als »Aussätzige«, als Nachfolgeorganisation der SED, ständig von interessierter Seite dem Verdacht ausgesetzt, die antidemokratische stalinistische Vergangenheit nicht überwunden zu haben. Zwar hatten wir uns über beharrliche Oppositionsarbeit und ein konsequentes Eintreten für Bürgerrechte sowie eine offene und kritische Auseinandersetzung mit der SED-Vergangenheit in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre im Parlament und außerhalb Respekt verschaffen können. Aber das, was Gregor Gysi als »europäische Normalität« bezeichnete, die Existenz und Akzeptanz einer sozialistischen Partei links von der SPD, hatte in Berlin wie in der Bundesrepublik insgesamt noch lange nicht Einzug gehalten.

Vor diesem Hintergrund sprach Gregor Gysi davon, dass schon die Regierungsbeteiligung als solche »ein Wert an sich« sei. Dahinter verbarg sich das Ziel, über das Regieren in Berlin und damit auch erstmals in einem Teil des ehemaligen Westens der Republik an Akzeptanz zu gewinnen und Normalität herzustellen. Gab es zu Beginn der rot-roten Regierungszeit noch Mobilisierungen und mediale Angriffe gegen die Regierungsbeteiligung der »SED-Nachfolger« als solche, verlagerte sich das Terrain der Diskussion rasch. Diskutiert wurde nicht mehr darüber, ob wir überhaupt regieren dürfen, sondern darüber, wie wir regierten, und über die von der Regierung ergriffenen oder unterlassenen Maßnahmen. Spätestens mit der zweiten rot-roten Legislaturperiode war eine Regierungsbeteiligung der PDS bzw. der LINKEN zur politischen Normalität geworden. Dass Zustimmung

oder Ablehnung der LINKEN in der Bevölkerung sich jetzt über inhaltliche Positionen und konkretes politisches Handeln definiert und nicht über die SED-Vergangenheit der PDS, ist sicher als politischer, wenn auch ambivalenter Fortschritt zu werten: »Dem Akzeptanzgewinn bei koalitionsfernen Akteuren steht ein Akzeptanzverlust bei bestimmten koalitionsnahen Akteuren gegenüber, genau jener Kräfte, die für die soziale und demokratische Ausrichtung besonders entscheidend sind.«¹

Mit der Regierungsbeteiligung der PDS/LINKEN ging ein weiterer Effekt einher. Die Gräben zwischen Ost und West wurden deutlich geringer, wenn auch die Ost-West-Unterschiede nicht vollständig verschwunden sind. Aber: »Die alte Haltung, man sei Bürger zweiter Klasse, gibt es heute kaum noch«, formulierte Gero Neugebauer als ein Ergebnis von Rot-Rot.²

So verständlich Gysis Formel vom »Wert an sich« einer Regierungsbeteiligung vor dem besonderen Berliner Hintergrund auch war, so kann und darf das Regieren für eine linke Partei nie Selbstzweck, nie ein sich selbst genügender »Wert an sich« sein. Der Wert einer Regierungsbeteiligung muss sich immer an den durch das Regierungshandeln konkret bewirkten gesellschaftlichen Veränderungen bemessen. Betrachtet man die Ausgangslage in den Jahren 2001/2002 und Berlin am Ende unserer Regierungszeit, muss man konstatieren, dass sich die Stadt unter Rot-Rot gravierend verändert hat. 2001 stand das Land am finanziellen Abgrund, die Wirtschaftsleistung schrumpfte von Jahr zu Jahr, die Arbeitslosigkeit stieg auf immer neue Rekordhöhen. Die öffentlichen Unternehmen waren überwiegend defizitär, Berlin galt bundesweit als Problemfall und »Hauptstadt von Filz und Korruption«. Am Ende der rot-roten Ära waren die Berliner Finanzen wieder stabilisiert – auch wenn die heute knapp 60 Mrd. Euro Schulden bei wieder steigenden Zinsen ein nach wie vor erhebliches Risiko darstellen. Seit 2005 weist die Berliner Wirtschaft kontinuierlich höhere Wachstumsraten als der Bundesdurchschnitt und sinkende Arbeitslosenraten auf. Die öffentlichen Unternehmen sind saniert,³ Hochschulen und Opern auf ein stabiles Fundament gestellt. Die Stadt ist attraktiv und wächst kontinuierlich – der Zuzug aus ganz Europa und darüber hinaus hält seit Jahren an. Angesichts

¹ Rolf Reissig/Michael Brie, Restriktionen und Optionen linkssozialistischer Politik in Regierungsverantwortung. Das Beispiel Berlin, rls-Standpunkte 11/2005, S. 6.

² »So haben die Roten die Hauptstadt verändert«, Berliner Zeitung, 10.12.2014, www.berliner-zeitung.de/berlin/bilanz-nach-13-jahren-wowereit-so-haben-die-roten-die-hauptstadt-veraendert,10809148,29290434.html.

³ Mit einer Ausnahme: den Berliner Bäderbetrieben.

dieser Bilanz kann man feststellen: Die Sanierungsarbeit der rot-roten Koalition war erfolgreich.

In den zehn Jahren rot-roter Koalition wurde in Berlin ein politischer und ökonomischer Richtungswechsel vollzogen. Das alte, auf Subventionswirtschaft beruhende Entwicklungsmodell wurde beendet und der Weg zu einer neuen, auf den endogenen Potentialen der Stadt beruhenden Entwicklung eingeschlagen. Damit wurde Berlin noch lange kein »sozialer Leuchtturm« in einer neoliberal regierten Republik.⁴ Rot-Rot vollzog eine Transformation von einem parasitär-klientelistischen Modell zu einem Modell »normaler« kapitalistischer Entwicklung. Damit ist noch kein Ausbruch aus dem Neoliberalismus verbunden. Zu glauben, man könne isoliert in einer einzelnen Stadt oder einem einzelnen Bundesland ein Gegenmodell zum Neoliberalismus entwickeln, wäre illusionär. Dazu sind die Kompetenzen eines Bundeslandes zu gering, durch europäisches und Bundesrecht in ein enges Korsett gezwängt. Die Möglichkeiten einer eigenen Steuerpolitik sind minimal, die für eine Politik der Umverteilung relevanten Steuerarten liegen in der alleinigen Zuständigkeit des Bundes. Die Spielräume für eine andere, innovative Landespolitik sind begrenzt – am größten sind sie wegen der föderalen Zuständigkeit noch im Bildungsbereich. Die Politikbereiche, die am ehesten den Produktions- und Kapitalverwertungsprozess berühren, sind der Landespolitik am wenigsten zugänglich. Die entscheidenden Weichenstellungen werden auf europäischer und Bundesebene vorgenommen.

So konnten wir lediglich versuchen, einige Kontrapunkte gegen den neoliberalen Hauptstrom zu setzen, wie z.B. den öffentlich geförderten Beschäftigungssektor, der die Logik einer »aktivierenden Arbeitsmarktpolitik« durchbrechen sollte. Nach dem Verkauf der GSW konnten wir ein Ende der Privatisierungspolitik durchsetzen und eine bis heute anhaltende gesellschaftliche Diskussion über Rekommunalisierung (mit)initiieren. Wir ergriffen Maßnahmen zur Einschränkung prekärer Beschäftigungsverhältnisse in der Wirtschaftsförderung und bei der Vergabe öffentlicher Aufträge. Diese Reformprojekte blieben jedoch in ihrer Reichweite beschränkt – so z.B. konnten wir mit dem ÖBS nur einige tausend Beschäftigte erreichen, während das Gros der Erwerbslosen weiter dem »normalen« Hartz-Regime unterworfen blieb. Eine grundsätzlich andere Entwicklungslogik konnte damit nicht eingeleitet werden. Politisch gravierend war, dass es uns nicht gelang, in der Wohnungspolitik nach dem Ausstieg aus der Subventionsmaschine »Anschlussförderung« Maßnahmen gegen das ungezügelte Wirken

⁴ Vgl. a. Rolf Reissig/Michael Brie, a.a.O., S. 5.

der Marktkräfte zu ergreifen. Mögliche künftige Regierungsbeteiligungen müssen sich – trotz der beschränkten Handlungsspielräume auf Landesebene – verstärkt der Aufgabe stellen, wie Elemente einer anderen, nicht neoliberalen Entwicklungslogik gestärkt werden können. Eines der Schlüsselthemen muss die Stärkung des Öffentlichen sein.

Die Wahlergebnisse der LINKEN sowohl nach der ersten als auch nach der zweiten rot-roten Legislaturperiode waren trotz durchaus zu verzeichnender Erfolge der Regierungspolitik niederschmetternd. Was Frank Nullmeier am Beispiel grüner Regierungsbeteiligungen formuliert, gilt auch für die LINKE: »Die Erfolgskriterien werden (...) nicht von der mitregierenden Partei gesetzt, sie ergeben sich in einem komplexen Prozess der Strukturierung von Erwartungen, in dem die Regierenden nur ein Akteur unter vielen sind. Noch die schönsten Hochglanz- oder Ökopapier-Erfolgsbilanzen bleiben ohne Relevanz, wenn die regierungsamtlich proklamierten Erfolge als solche nicht wahrgenommen werden.«⁵

Die mit dem Sturz der Großen Koalition geweckten Erwartungen waren riesig. Es sollte eine neue Politik Einzug halten, die alles nicht nur ganz anders, sondern auch viel besser machte. Mit dem Antritt Gysis als Kandidat für das Amt des Regierenden Bürgermeisters und dem – auch von den Medien ausführlich bedienten – Hype in und außerhalb der Partei wurden diese illusionären Erwartungen zusätzlich verstärkt: »Der Gysi-Wahlkampf begann als Bürgermeister-Wahlkampf – und somit schon mit einem unrealistischen Ziel. Und der Gysi-Wahlkampf war ein Wahlkampf der Euphorie und der Versprechungen«, resümierte der langjährige Leiter der Grundsatzabteilung beim PDS-Bundesvorstand, Thomas Falkner, nach dem Verlust von 9,2% der Wählerstimmen im Jahr 2006.⁶ Dazu kam die Berliner Besonderheit als Stadt, in der Ost- und West-Milieus aufeinandertrafen. Die alte politische Klasse Westberlins, die die Banken- und Finanzkrise zu verantworten hatte, war es auch, die in den Jahren nach der Vereinigung eine Politik der Ausgrenzung und Geringschätzung der Ostmilieus betrieben hatte. Mit dem Zusammenbruch der Großen Koalition und der nahezu vollständigen Delegitimierung der CDU entstand eine Stimmung, »als könnte nun die elf Jahre gefesselte Ost-Partei allen zeigen, wie man es im Handstreich besser

⁵ Frank Nullmeier, Dilemmata grüner Regierungspolitik, in: Joachim Raschke, Die Grünen. Wie sie wurden, was sie sind, Köln 1993, S. 822.

⁶ Thomas Falkner, Zu den Wahlergebnissen vom 17. September 2006, 18. September 2006, in: Linkspartei.PDS Berlin, Beiträge zur Wahlauswertung, Berlin 2006.

macht«. ⁷ Der Gysi-Wahlkampf hatte diese Stimmung aktiv bedient – teilweise im Gegensatz zur Politik des Landesverbandes und der Fraktion, die mehr Realismus anmahnten.

Wenn es stimmt, dass Regieren »in der Regel ein systematisches Enttäuschen von Erwartungen (ist), die man in der Opposition geschaffen hat und derentwegen man in die Regierung kam«, ⁸ so musste diese Enttäuschung umso größer sein, je hochgeschraubter die Erwartungen waren. Bereits mit den Koalitionsverhandlungen war so eine Desillusionierung in mehrfacher Hinsicht verbunden. Die Diskussion über die Präambel des Koalitionsvertrags und die dort formulierte Kritik an der undemokratischen Politik der SED, dem Mauerbau und dem bei der Vereinigung von KPD und SPD zur SED ausgeübten Zwang und der Repression gegen Sozialdemokraten nahm innerparteilich einen größeren Raum ein als die Diskussion der politisch-inhaltlichen Vereinbarungen zur Regierungspolitik. Hier zeigte sich, dass zumindest Teile der Ost-Milieus, deren Teil die PDS ja war, dies als weiteren Angriff auf die eigene Lebensleistung und Werte sahen, deren Ende man sich ja gerade mit einer Regierungsbeteiligung der PDS erhofft hatte. Fehlentscheidungen, wie die Kürzung der Ost-Löhne und -Gehälter im Öffentlichen Dienst um die 1,41% VBL-Beitrag, erhielten angesichts der hohen Erwartungshaltung im Ostteil an die PDS in der Regierung eine zusätzliche symbolische Bedeutung: die »Ostpartei« wandte sich in der Wahrnehmung vieler Betroffener mit dem Regierungseintritt jetzt auch gegen den Osten.

Das Thema soziale Gerechtigkeit war profilbildendes Kernthema der PDS. Dass es aber in Berlin in den Jahren nach 2001 vor allem darum gehen musste, die Lasten gerecht zu verteilen, und kein Spielraum für zusätzliche Ausgaben da war, spielte im Wahlkampf kaum eine Rolle. Gegen unseren Rat versprach Gysi, bei Bildung und Kultur »packen wir noch was drauf«. Dass wir im Wahlprogramm formuliert hatten: »Wir sagen deutlich: Schmerzhaftes Einschnitte werden unvermeidlich sein, vieles wird sich ändern«, ⁹ wurde in der Wahlkampfführung eher in den Hintergrund gedrängt bis verschwiegen. Statt ein realistisches Bild der Lage und der Möglichkeiten in der Regierung zu zeichnen, wurden die illusionären Erwartungen und Euphorie noch genährt. Mit realistischeren Wahlkampf Aussagen hätten wir

⁷ Thomas Falkner, Fragen an einem bitteren Tag, Klartext 3/2006, docs.google.com/viewer?a=v&pid=sites&srcid=ZGVmYXVsdGRvbWFpbX0aG9mYWxrbmVyfGd4Ojd-jOGQ3N2VmYWJiOGJiY2I.

⁸ Joachim Raschke, Die Grünen. Wie sie wurden, was sie sind, Köln 1993, S. 773.

⁹ PDS-Berlin, Miteinander für Berlin, a.a.O., S. 3.

vielleicht nicht ein solch sensationelles Wahlergebnis von 21,3% erreicht. Aber der Verlust von Glaubwürdigkeit und die Enttäuschung innerhalb der eigenen Partei und der Wählerschaft wären sicher weniger dramatisch gewesen, hätten wir uns an das Lassallesche Motto gehalten: »Alle große politische Action besteht in dem Aussprechen dessen, was ist, und beginnt damit. Alle politische Kleingeisterei besteht in dem Verschweigen und Bemänteln dessen, was ist.«¹⁰ Stattdessen suggerierten wir Handlungsspielräume, die so nicht existierten.

Aber auch bei einer stärker an den Realitäten orientierten Wahlkampf-führung wäre das Problem geblieben, dass angesichts der desaströsen Finanzsituation eine Kürzung von Leistungen, Gebührenerhöhungen und der Wegfall von Angeboten unvermeidlich waren – und wir oftmals das Gegenteil von dem tun mussten, was »eigentlich« von einer linken Partei erwartet wird. In der ersten Legislaturperiode orientierten wir uns bei einem Großteil der haushaltspolitischen Entscheidungen an den Erfordernissen für eine erfolgreiche Klage auf Bundeshilfe vor dem Bundesverfassungsgericht und damit am durchschnittlichen Ausgabenniveau vergleichbarer Bundesländer. »Aus dieser Aufgabenstellung leiteten sich nahezu alle relevanten Entscheidungen ab«, resümierte der Landesvorstand nach den Wahlen 2006. »Sie bestimmte den Rahmen, in dem die Politik der rot-roten Koalition stattfand. So bedeutsam diese Aufgabe sich für die Akteure in Politik, Medien, Verbänden usw. auch darstellte, so blieb das Ziel in den Augen, in den Empfindungen der meisten Menschen in der Stadt dennoch ein abstraktes, technokratisches. Spür- und erfahrbar waren dagegen die Auswirkungen, die sich in den vergangenen Jahren aus dieser Politik ergaben.«¹¹

Dass wir immer wieder »Schlimmeres verhindert« hatten – wie Absenkung der Sozialhilfe auf das Brandenburger Niveau, eine vollständige Abschaffung der Lehrmittelfreiheit und die Verhinderung einer Erhöhung von Kita-Gebühren für Menschen mit niedrigem Einkommen –, wurde uns in der Regel nicht als besondere Leistung angerechnet – so schwer dies im Einzelnen auch in der Koalition durchzusetzen war. Die Erwartungen an eine linke Partei gehen über eine Bewahrung des Status quo hinaus. Vor diesem Hintergrund beschädigten politische Entscheidungen mit hohem Symbolwert,

¹⁰ Ferdinand Lassalle, Zweiter Vortrag über das Verfassungswesen, Zürich 1863, S. 35, books.google.de/books?id=0PegAAAAMAAJ&pg=PA35&dq=aussprechens#v=onepage&q=aussprechens&f=false.

¹¹ Landesvorstand Berlin, Thesen zum Wahlergebnis, 5.12.2006, in: Die Linkspartei.PDS Berlin, Beiträge zur Wahlauswertung, a.a.O.

wie z.B. die Kürzung des Blindengelds oder die vorübergehende Abschaffung des Sozialtickets, das Bild der Partei als »Anwalt der sozial Schwachen« – da half auch der Verweis darauf, dass die Leistungen in Berlin noch immer über dem Niveau anderer Bundesländer liegen, wenig. Denn die Betroffenen erfahren dies trotzdem als Verlust. Der Fehler, der Privatisierung der GSW zuzustimmen, wog und wiegt im Bewusstsein Vieler schwerer als die Sanierung und Sicherung aller anderen Landesunternehmen im öffentlichen Eigentum. Welche Bedeutung und mediale Wirkung politisch-symbolische Entscheidungen haben, wurde von uns – insbesondere in der ersten Legislaturperiode – deutlich unterschätzt und zugunsten einer technokratischen Rationalität vernachlässigt. Insbesondere in der ersten Legislaturperiode fehlte »eine leitende Idee über die Bewältigung der Haushaltskrise und die Sanierungsarbeit hinaus, die der Politik der Koalition und der PDS in der Koalition zugrunde liegt und die eine tragfähige Perspektive für die Stadt und ihre BürgerInnen bietet. Nur wer glaubwürdig vermitteln kann, wohin die Entwicklung geht, wird Zustimmung für die »Mühen der Ebenen« finden können«, kritisierten Rolf Reissig und Michael Brie im Jahr 2005.¹² Hier zeigte sich, dass unsere inhaltliche Vorbereitung auf eine Regierungsbeteiligung ungenügend war. Die Forderung aus dem Papier »Vor der Kür kommt die Pflicht«, nach »drei, vier zentralen Reformvorhaben (...)«, für die nicht nur im Parlament eine arithmetische Mehrheit existiert, sondern um die herum sich gesellschaftliche Mehrheiten und Akzeptanz der Regierungspolitik organisieren lassen«, konnten wir bis 2006 nicht einlösen.¹³

Wir zogen daraus im Jahr 2006 die Konsequenz, mit drei »Referenzprojekten« in den Wahlkampf zu ziehen: dem Einstieg in die Gemeinschaftsschule, dem Aufbau eines öffentlichen Beschäftigungssektors und der Sanierung der öffentlichen Unternehmen statt ihrer Privatisierung. Es gelang uns, alle drei Forderungen in der Koalitionsvereinbarung zu verankern und im Verlauf der Legislaturperiode auch umzusetzen (vgl. Kapitel 10, 13 und 14). Die großen Sanierungsentscheidungen waren getroffen, die Gestaltung konnte in den Vordergrund treten. Nach dem Schock mit dem Absturz auf 13,4% bei den Abgeordnetenhauswahlen 2006 begannen wir wieder Fuß zu fassen. Die Umfrageergebnisse verbesserten sich Schritt für Schritt: Im Jahr 2008 bewegten sie sich wieder zwischen 16 und 18%.¹⁴ Bei den Bundestags-

¹² Rolf Reissig/Michael Brie, Restriktionen und Optionen linkssozialistischer Politik in Regierungsverantwortung. Das Beispiel Berlin, rls-Standpunkte 11/2005, S. 4.

¹³ Carola Freundl/Harald Wolf, Vor der Kür kommt die Pflicht, a.a.O.

¹⁴ www.wahlrecht.de/umfragen/landtage/berlin.htm.

wahlen 2009 erreichten wir in Berlin 20,2% und lagen damit sogar knapp vor der SPD. Die Berliner Zeitung kommentierte: »Die Linkspartei hat wieder zugelegt und im Nachhinein könnte man die Integration der PDS/Linkspartei ins Parteiensystem wie das Ergebnis zweier strategischer Fünfjahrespläne lesen. Erster Fünfjahresplan ab 2001: Ausbau der Macht-Infrastruktur in Berlin sowie Ausbau der Realitätstüchtigkeit. Zweiter Fünfjahrplan ab 2006: Gezielte und schöpferische Umsetzung sozialistischer Programmatik, Ausprägung eigener Handschrift und Emanzipation von der SPD. Vorzeigbare Projekte: Öffentlicher Beschäftigungssektor, Gemeinschaftsschule, Anschieben von Debatten über ›Rekommunalisierung‹ (...) Vorläufiges Fazit: Rotrot schwächt die Sozialdemokraten und stärkt die Linkspartei.«¹⁵

Diese Entwicklung, insbesondere das Berliner Bundestagswahlergebnis, wurde von der SPD – verständlich – als bedrohlich empfunden. War die bisherige Zusammenarbeit in der Koalition weitgehend konstruktiv und kooperativ, begann die SPD zunehmend politische Erfolge unsererseits zu verhindern: eine Anpassung der Erstattung der Wohnkosten für Hartz-IV-Beziehende zur Verhinderung von Zwangsumzügen wurde systematisch ebenso blockiert wie eine Erhöhung der Mindestlohnregelung im Vergabegesetz von 7,50 Euro auf 8,50 Euro. Der ÖBS wurde unter Beschuss genommen, eine Neuausrichtung der Wohnungspolitik verweigert, Preissenkungen bei den Wasserbetrieben blockiert und gegen das von mir eingeleitete Kartellverfahren agiert. Damit wurde eine bisher existierende Grundlage einer erfolgreichen Koalition infrage gestellt: Jede Koalitionspartei muss die Möglichkeit haben, sich in den für sie wesentlichen Themenfeldern zu profilieren, und entsprechende Gestaltungsmöglichkeiten haben. Nur so kann die jeweilige Wählerschaft stabilisiert werden, und nur so können die Koalitionspartner sich profilieren, ohne destruktiv gegeneinander zu agieren.¹⁶

Im Wahljahr 2011 gerieten wir in schweres Fahrwasser. In der Koalition dominierte mehr und mehr der Streit mit den Sozialdemokraten, seit 2010 hatten wir angesichts der sozialdemokratischen Blockadepolitik keine relevanten politischen Erfolge mehr vorzuweisen. Bundesweit erlebten die Grünen seit geraumer Zeit mit Umfrageergebnissen um die 20% einen Höhenflug. Im März 2011 ereignete sich die Atomkatastrophe von Fukushima, was die Grünen weiter stärkte. Ende 2010 bis Februar 2011 lagen wir in den Umfragen mit 15 bis 17% noch deutlich über unserem Wahlergebnis von 2006. Ab März verschlechterten sich die Werte aber kontinuierlich. Neben

¹⁵ »Rotrot und Rot-Rot«, Berliner Zeitung, 31.12.2009.

¹⁶ Vgl. auch Joachim Raschke, a.a.O., S. 771.

dem Streit in der Koalition und der öffentlichen Stimmung nach Fukushima, die den Grünen nutzten, kam unsere Bundespartei zunehmend in schwieriges Fahrwasser. Anfang Januar hielt die Parteivorsitzende Gesine Löttsch auf einer von der Zeitung *junge welt* organisierten Tagung ein Referat mit dem Titel »Wege zum Kommunismus«. Inhaltlich handelte es sich dabei um einen harmlosen reformsozialistischen Text. Aber mit Empörung griffen bundesweite und Berliner Medien das Stichwort »Kommunismus« auf und versuchten der Parteivorsitzenden eine Rechtfertigung antidemokratischer und stalinistischer Methoden zu unterstellen. Am 13. August, dem Jahrestag des Baus der Berliner Mauer, gab Gesine eine unglückliche Erklärung zum Bau der Mauer ab: Diese sei ein Resultat des Zweiten Weltkrieges und ohne diesen nicht zu erklären. Dies löste wiederum eine Welle öffentlicher Empörung aus: Löttsch wolle den Bau der Mauer mit dem Zweiten Weltkrieg rechtfertigen. Alle Versuche der Klarstellung nutzten nichts, die Erklärung und ihre mediale Interpretation war in der Welt. Als dann noch ein Glückwunschschreiben der beiden Vorsitzenden, Löttsch und Klaus Ernst, zum 85. Geburtstag Fidel Castros öffentlich wurde, schien den Medien das Bild perfekt: DIE LINKE als rückwärtsgewandte, DDR-nostalgische Partei, die sich nicht wirklich von undemokratischen Methoden verabschiedet hatte.

Im Wahlkampf auf der Straße und in Veranstaltungen war die Verunsicherung potentieller WählerInnen deutlich zu spüren. Diese schlechte Performance der Bundespartei spielte sicher eine Rolle für das Wahlergebnis von 2011 mit weiteren 1,7% Verlust gegenüber dem Ergebnis von 2006. Entscheidend dürfte aber gewesen sein, dass nach dem Höhenflug der Berliner LINKEN im Jahr 2009 die drei Referenzprojekte abgearbeitet waren und die Koalition sich angesichts der Blockadepolitik der SPD auch nach außen mehr und mehr als zerstritten präsentierte. Die Koalition insgesamt erweckte den Eindruck, dass von ihr – und damit auch von uns – keine neuen Impulse mehr ausgingen, dass sie sich verbraucht hatte. Auf neu aufgetauchte Themen, wie die zunehmend bedrohliche Mietenentwicklung, gab sie keine Antwort. Zudem hatten wir es nicht vermocht, ein konstruktives Verhältnis zum Volksentscheid für die Offenlegung der Teilprivatisierungsverträge zu entwickeln. Klaus Lederer schrieb dazu nach den Wahlen 2011: »Unsere Haltung und Positionierung geriet zum kommunikativen und strategischen Desaster, bei dem am Ende trotz aller Beteuerungen niemand mehr bereit war, uns abzunehmen, dass wir ›eigentlich‹ das gleiche Ziel verfolgten, wie die Initiator*innen des Entscheids. Wir haben als handelnde Akteur*innen unterschätzt, dass es bei all dem ›stimmungsmäßig‹ um viel mehr ging als um die Frage der Offenlegung von Verträgen, die wir mit Hilfe des Drucks

der Initiator*innen längst rechtssicher durchgesetzt hatten.«¹⁷ Dies, und die Tatsache, dass von der Koalition seit 2009 keine wesentlichen neuen Impulse mehr ausgingen, bereiteten den Boden für den Aufschwung der Piratenpartei als neuer politischer Formation – die, anders als wir, versprach neue Impulse in das politische System zu bringen.

Zu einer Bilanz gehört auch die Auseinandersetzung mit den Mechanismen einer Regierungsbeteiligung.¹⁸ Mit dem Eintritt einer linken Partei in eine Regierung sind neue Anforderungen an Fraktion und Partei verbunden und man setzt sich der »hohen Strukturierungskraft«¹⁹ der staatlichen Apparate aus. Zwar ist auch eine parlamentarische Oppositionspartei institutionellen und rechtlichen Zwängen ausgesetzt, sie hat aber eine relative Freiheit in der Artikulation der heterogenen Interessen von ihr repräsentierter gesellschaftlicher Gruppen und deren politischen Positionen. Als Bestandteil einer Regierung erhalten die institutionellen Zwänge eine neue Qualität. Eine regierende Partei ist durch die Entwicklung eines Regierungsprogramms und durch ihre Regierungspolitik unmittelbar daran beteiligt, die oftmals gegensätzlichen Interessen nicht nur zu artikulieren, sondern so zu filtern und zu formieren, dass »ein relativ kohärentes, die gesamtgesellschaftliche Reproduktion gewährleistendes staatliches Handeln sowohl ermöglicht als auch legitimiert wird.«²⁰

In Mitte-Links-Regierungen (Rot-Rot oder Rot-Rot-Grün) repräsentiert die LINKE aber mit der *Gesamtheit* ihrer politischen Positionen eine gesellschaftliche Minderheit, auch wenn *einzelne* ihrer Forderungen gesellschaftlich mehrheitsfähig sein können. Damit ist klar, dass die Kompromissbildung in Koalitionsverhandlungen nur punktuell zugunsten linker Positionen ausfallen kann – in der Regel da, wo es breite, über das enge linke Spektrum hinausgehende gesellschaftliche Unterstützung und Mobilisierung gibt. Gleichzeitig ist die LINKE mit widersprüchlichen Erwartungen ihrer Wählerschaft konfrontiert: Denn diese will – wie alle Umfragen zeigen – mit großer Mehrheit eine Regierungsbeteiligung der LINKEN, und erhofft sich

¹⁷ Klaus Lederer, Gedanken zum Berliner Wahlergebnis 2011, 27.10.2011, www.klauslederer.de/willkommen/album/2011/gedanken_zum_berliner_wahlergebnis_2011/.

¹⁸ Ausführlicheres zu den Mechanismen einer Regierungsbeteiligung findet sich in: Harald Wolf, Der Staat ist kein Fahrrad. Problematiken linker Regierungsbeteiligungen, in: Luxemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis, 1/2014, S. 94ff.

¹⁹ Joachim Raschke, a.a.O., S. 770.

²⁰ Joachim Hirsch, Kapitalismus ohne Alternative. Materialistische Gesellschaftstheorie und Möglichkeiten einer sozialistischen Politik heute, Hamburg 1990, S. 62.

gleichzeitig die Durchsetzung wesentlicher Inhalte in der Koalition. Dieser Widerspruch wird aber in der Regel nicht durch die Forderung nach Beendigung einer Koalition aufgelöst, wenn die Durchsetzung der inhaltlichen Ziele nicht im gewünschten Maß erfolgt, weil man das »größere Übel« einer konservativen und/oder liberalen Regierungsbeteiligung nicht in Kauf nehmen will. Damit entsteht ein zusätzlicher Einigungszwang der LINKEN mit dem Koalitionspartner. Deshalb ist eine Drohung mit einem Koalitionsbruch in der Mehrheit der Fälle ein stumpfes Schwert: Sie kann nur dann sinnvoll sein, wenn der Gegenstand des Konflikts für die eigene Wählerschaft und darüber hinaus von so großer Bedeutung ist, dass er den Bruch der Koalition auch in deren Augen rechtfertigt. Nur dann besteht die Chance, dass das Ende der Koalition nicht in einer Stärkung der SPD und/oder des konservativen Blocks zulasten der LINKEN resultiert und das gesellschaftliche Kräfteverhältnis nicht weiter nach rechts verschoben wird.

Die strukturelle Dominanz sozialdemokratischer Positionen in Mitte-Links-Koalitionen und die Notwendigkeit, in der Regierungspolitik unterschiedliche Interessen zu integrieren, führen unvermeidlich zu Widersprüchen und Konflikten zwischen der »Partei im Staatsapparat« (den Regierungsmitgliedern und der Fraktion), der »Partei außerhalb des Staatsapparates« (der Wähler- und Mitgliedschaft, die mehr linke Politik will, aber in und mit der Regierung) und gesellschaftlichen Initiativen, die ihre Interessen nur unzureichend oder gar nicht repräsentiert sehen. Als funktionierend und erfolgreich wird nur eine Koalition wahrgenommen, in der beide Partner den Koalitionskompromiss als gemeinsamen politischen Erfolg kommunizieren können. Es geht also auch darum, Koalitionskompromisse gegenüber der eigenen Parteimitgliedschaft und Wählerschaft als Erfolg zu kommunizieren – auch wenn man ursprünglich mehr gewollt hatte. Daraus resultiert die Gefahr einer legitimatorischen Überhöhung von eigentlich ungenügenden oder schlechten Kompromissen zu politischen Erfolgen. Die Möglichkeiten, mit dem Koalitionspartner gefundene politische Einigungen als unzureichend darzustellen, sind begrenzt, denn es wirkt wenig glaubwürdig, wenn das Regierungspersonal permanent die eigene Regierung kritisiert. Diese Logik von Regierungsbeteiligungen führt auch dazu, dass das am Regierungshandeln unmittelbar beteiligte Personal immer wieder versucht, die Parteiorganisation und die mit ihnen kooperierenden außerparlamentarischen Gruppen auf den mit der Sozialdemokratie gefundenen Kompromiss einzuschwören und sie auf das »tagespolitisch Machbare« zu reduzieren.

Dieser Widerspruch zwischen der »Partei im Staatsapparat« und der »Partei außerhalb des Staatsapparates« wird noch dadurch akzentuiert, dass

Koalitionskompromisse von einer kleinen Gruppe ausgehandelt werden. Die Partei kann zwar in der einen oder anderen Frage Verhandlungsaufträge formulieren – im eigentlichen Verhandlungsprozess bleibt sie aber außen vor. In Verhandlungen aber müssen beide Verhandlungspartner davon ausgehen können, dass der jeweils andere in der Lage ist, ein in schwierigen Gesprächen gefundenes Ergebnis auch in den eigenen Reihen durchzusetzen und zu gewährleisten, dass der verhandelte Kompromiss Bestand hat. Unter dem Gesichtspunkt eines effektiven Koalitionsmanagements und Regierungshandelns erscheint das von der Partei und außerparlamentarischen Initiativen geforderte »Mehr« über den gefundenen (und erreichbaren) Kompromiss hinaus als störend oder gar als kontraproduktiv. Dies ist mit der Logik der Regierungsbeteiligung unvermeidlich verbunden und zieht die Gefahr nach sich, dass die Parteiorganisation in Passivität und eine mürrische Duldung der Regierungsarbeit verfällt. Die Fähigkeit zur gesellschaftlichen Mobilisierung im außerparlamentarischen Raum wird geschwächt. So z.B. mussten wir in der Bilanz nach den Wahlen 2006 konstatieren, dass »traditionelle Bündnispartner im außerparlamentarischen Raum, insbesondere im politisierten linken Spektrum, weggebrochen« sind.²¹ Über weite Strecken »duldet« die Partei das Regierungshandeln, war aber häufig nicht mehr handelnder Akteur, sondern oft nur passiver Zuschauer.

In künftigen Regierungsbeteiligungen und in ihrer Vorbereitung wird entscheidend sein, eine klug und bewusst kalkulierte Arbeitsteilung zwischen der »Partei im Staatsapparat« und der »Partei außerhalb des Staatsapparats« zu entwickeln. Die Fähigkeit der Partei, gesellschaftliche Mobilisierungen voranzutreiben, die über den jeweiligen Regierungskompromiss hinausgehen, muss erhalten bleiben, ohne in offenen Widerspruch zur »Partei im Staatsapparat« zu geraten. Eine solche Arbeitsteilung verlangt ein hohes Bewusstsein der damit verbundenen Probleme sowie die Fähigkeit, die jeweils unterschiedlichen Rollen der Partei innerhalb und außerhalb des Staatsapparats zu verstehen und wechselseitig zu akzeptieren. Bei allen Schwierigkeiten bleibt es dabei: Die notwendige Veränderung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse kann nicht durch noch so kluge Verhandlungstaktik und Entscheidungen am Kabinettstisch ersetzt werden. Der linke Königsweg in der Regierungsfrage ist noch nicht gefunden – der erste Schritt zu einer rationalen Diskussion ist es aber, sich bewusst mit den Gefahren und Problemen möglicher Strategien auseinanderzusetzen – dieses Buch soll dazu Material und einen Beitrag liefern.

²¹ Linkspartei.PDS Berlin, Beiträge zur Wahlauswertung, a.a.O.